Deutscher Bundestag **Drucksache 18/8816**

18. Wahlperiode 17.06.2016

Fragen

für die Fragestunde der 178. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 22. Juni 2016

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

1. Abgeordnete
Beate Walter-Rosenheimer
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie viele Tage liegen nach aktueller Einschätzung der Bundesregierung im Durchschnitt zwischen der vorläufigen Inobhutnahme unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge und deren Ankunft in den jeweiligen Zuweisungsjugendämtern nach Abschluss der Umverteilung (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

2. Abgeordnete
Sabine Zimmermann (Zwickau)
(DIE LINKE.)

Wie viele in Deutschland ansässige Personen waren nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren von 2007 bis zum letzten statistisch erfassten Jahr jeweils nicht krankenversichert, und wie hoch schätzt die Bundesregierung die Dunkelziffer der Nichtversicherten (bitte jeweils für den Bereich Gesetzliche Krankenversicherung und Private Krankenversicherung aufschlüsseln)?

3. Abgeordnete
Sabine Zimmermann (Zwickau)
(DIE LINKE.)

Wie viele in Deutschland ansässige Personen hatten nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren von 2007 bis zum letzten statistisch erfassten Jahr jeweils Beitragsschulden gegenüber ihrer Krankenversicherung (bitte jeweils für den Bereich Gesetzliche Krankenversicherung und Private Krankenversicherung aufschlüsseln)?

4. Abgeordnete
Kordula Schulz-Asche
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche konkreten Regelungen zur gruppennützigen Forschung an nicht einwilligungsfähigen Erwachsenen plant die Bundesregierung, nachdem in den letzten Wochen einerseits von verschiedenen Akteuren, wie den Kirchen und Patientenorganisationen, eine Ausweitung des Schutzniveaus bei nichteinwilligungsfähigen Erwachsenen bei Arzneimittelstudien abgelehnt und andererseits von

Dr. Karl Lauterbach (vgl. SPD ringt um Kompromiss, 14. Juni 2016), stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, weitere mögliche Änderungen zur geplanten Ausweitung von klinischen Studien vorgeschlagen wurden?

5. Abgeordnete **Kordula Schulz-Asche** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche klinischen Studien konnten aufgrund der derzeitigen Rechtslage, die gruppennützige Forschung an nichteinwilligungsfähigen Erwachsenen verbietet, nicht durchgeführt werden?

6. Abgeordnete **Katja Dörner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie viele bedeutsame klinische Studien zur Demenz wurden nach Kenntnis der Bundesregierung im außereuropäischen Ausland ausschließlich an Nichteinwilligungsfähigen bisher durchgeführt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

7. Abgeordnete **Bärbel Höhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie hat sich in den vergangenen zehn Jahren die Zahl der amtlichen Unwetterwarnungen für Deutschland entwickelt, und welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Entwicklung der durch Unwetter verursachten Schäden im gleichen Zeitraum (bitte jeweils getrennt nach Jahren aufschlüsseln)?

8. Abgeordneter **Stephan Kühn (Dresden)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unterstützt die Bundesregierung den Vorschlag der Europäischen Kommission, ihr zusätzlich zu den nationalen Behörden Kompetenzen für Nachprüfungen zur Einhaltung der EU-Vorschriften zu Emissionsgrenzwerten von Fahrzeugen zu gewähren (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 6, Plenarprotokoll 18/175)?

9. Abgeordneter **Stephan Kühn (Dresden)** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Mit welchen Maßnahmen will die Bundesregierung automatisiertes Fahren im schienengebundenen Verkehr und im öffentlichen Personenverkehr fördern?

10. Abgeordneter **Herbert Behrens** (DIE LINKE.)

Bis zu welchem Zeitpunkt sollen alle Gewerbegebiete mit „superschneller Glasfaser“ (siehe „Netzallianz bringt unterversorgte Gewerbegebiete ans schnelle Internet“, Pressemitteilung des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur vom 15. Juni 2016) versorgt sein, und wie soll dieses Ziel erreicht werden?

11. Abgeordneter **Herbert Behrens** (DIE LINKE.)

Ist die Bundesregierung der Ansicht, dass ein Förderprogramm von 350 Millionen Euro ausreicht, um „alle Gewerbegebiete mit superschneller Glasfaser“ (siehe „Netzallianz bringt unterversorgte Gewerbegebiete ans schnelle Internet“, Pressemitteilung des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur vom 15. Juni 2016) zu versorgen, und wie begründet sie ihre Aussage?

12. Abgeordnete **Tabea Rößner** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wird das mit Mitteln in Höhe von 350 Millionen Euro finanzierte „Sonderförderprogramm Mittelstand“, das Bundesminister Alexander Dobrindt am 15. Juni 2016 angekündigt hat, über das bestehende Breitbandförderprogramm des Bundes finanziert oder werden hierfür neue Mittel zur Verfügung gestellt?

13. Abgeordnete **Tabea Rößner** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie viele Gewerbegebiete ohne FTTB/H – Fibre-to-the-Building/Home – gibt es in Deutschland, und beabsichtigt die Bundesregierung auch den Ausbau von Glasfaser für die Gebiete zu fördern, die über andere Technologien mit mindestens 30 Mbit/s versorgt, aber noch nicht mit Glasfaser angeschlossen sind?

14. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Unterstützt die Bundesregierung die Inbetriebnahme der Neubaustrecke Wendlingen – Ulm unmittelbar nach deren Fertigstellung über die eingleisige Güterzugkurve von und ins Neckartal unabhängig vom möglicherweise verschobenen Fertigstellungstermin von Stuttgart 21, um den Fahrgästen eine deutliche Fahrzeitreduzierung zu ermöglichen?

15. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie stellt die Bundesregierung sicher, dass der bundeseigene Konzern Deutsche Bahn AG durch etwaige zusätzliche Baukosten beim Projekt Stuttgart 21 und hierdurch erforderliche investive Eigenmittel keinen höheren Schuldenstand erreicht und keine Einsparungen bei notwendigen Investitionen für die Instandhaltung der Schienenwege des Bundes vornimmt?

16. Abgeordnete
Sabine Leidig
(DIE LINKE.)

Von welchem Bundesministerium wurde der veröffentlichte Vorschlag zur Änderung des Artikels 90 des Grundgesetzes – GG (www.gemeingut.org/attac-und-gib-liegt-entwurf-fuer-grundgesetzaenderung-vor/) erstellt, und den Regierungen welcher Bundesländer wurde selbiger (bzw. ggf. ein alternativer Vorschlag zur Änderung von Artikel 90 GG) im Vorfeld des Treffens der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidentinnen und -präsidenten am 16. Juni 2016 zur Kenntnis gegeben?

17. Abgeordnete
Sabine Leidig
(DIE LINKE.)

Wurde auf diesem Treffen eine Änderung von Artikel 90 GG diskutiert, und wenn ja, welche weiteren Treffen zwischen Bund und Ländern wurden hinsichtlich dieser Änderung anberaumt (bitte genaues Datum und Ort angeben)?

18. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)

Inwieweit ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Realisierung und Finanzierung des dritten Bauabschnittes der Bundesstraße 169 gesichert, und welche zeitliche Planung gibt es derzeit für die Fertigstellung des Bauvorhabens?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

19. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)

Wie lauten die inhaltlichen Kernaussagen der schriftlichen Stellungnahme der Bundesregierung zur Umweltverträglichkeitsprüfung des Vorhabens Staustufe Děčín (siehe auch Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 18, Plenarprotokoll 18/166, S. 16342), und wo ist der Wortlaut der Stellungnahme für die Öffentlichkeit einsehbar?

20. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus den Erkenntnissen des kürzlich erschienenen Berichtes des National Toxicology Program (NTP), eines Forschungsprogrammes des National Institutes of Health der US-Regierung, welcher zu dem Ergebnis kommt, dass Mobilfunkstrahlung, die bei normaler Nutzung auftritt, bei den Versuchstieren zu Tumoren führen kann (http://biorxiv.org/content/biorxiv/early/2016/05/26/055699.full.pdf sowie eine Zusammenfassung unter http://ntp.niehs.nih.gov/results/areas/cellphones/index.html), und welche konkreten gesetzgeberischen Schritte wird die Bundesregierung diesbezüglich unternehmen?

21. Abgeordneter
Christian Kühn (Tübingen)
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie geht es weiter mit dem Programm Stadtumbau Ost, für das in der Verwaltungsvereinbarung 2016 knapp 100 Mio. Euro eingestellt sind und das Ende dieses Jahres ausläuft?

22. Abgeordneter
Christian Kühn (Tübingen)
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sind die von Bundesministerin Dr. Barbara Hendricks angekündigten zusätzlichen 500 Mio. Euro für den Wohnungsbau an eine Zweckbindung, beispielsweise Mietobergrenzen oder Sozialbindung, gebunden oder können die Länder frei darüber verfügen?

23. Abgeordnete
Dr. Julia Verlinden
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sieht die Bundesregierung angesichts des jüngsten Vorstoßes der Deutschen Erdgas- und Erdölproduzenten, Fracking wieder aufzunehmen (vgl. www.bveg.de/Medien/Pressecenter/Presseinformationen/Branche-fuerchtet-um-Standorte-und-Arbeitsplaetze), die Notwendigkeit, dass das Gesetzespaket der Bundesregierung vom 1. April 2015 (Bundestagsdrucksachen 18/4713, 18/4714) noch vor der Sommerpause verabschiedet wird, und wenn ja, was will die Bundesregierung tun, um den Gesetzgebungsprozess zu unterstützen?

24. Abgeordnete
Dr. Julia Verlinden
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Plant die Regierung im Unterschied zum Gesetzespaket aus dem letzten Jahr (Bundestagsdrucksachen 18/4713, 18/4714) – u. a. vor dem Hintergrund des Klimaschutzabkommens von Paris und angesichts des wachsenden gesellschaftlichen Widerstands – in absehbarer Zeit ein generelles Verbot der Erdgas-Fördermethode Fracking?

25. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In welcher Weise wird die Bundesregierung eine Initiative von Handels- und Logistikunternehmen, wie IKEA, Nestlé, DHL, DB Schenker u. v. a., in der Sache unterstützen, auf EU-Ebene ab dem Jahr 2020 strenge CO_2-Grenzwerte für LKW nach dem Vorbild von Japan, China und den USA einzuführen (vgl. www.sueddeutsche.de/wirtschaft/lkw-brandbrief-nach-bruessel-1.3014816), und falls sie diese Initiative nicht unterstützt, warum nicht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

26. Abgeordneter
Niema Movassat
(DIE LINKE.)

Wie bewertet die Bundesregierung die Entscheidung der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH (DEG) aus dem Jahr 2012, den Kredit an GENISA S. A. für den Bau des Kraftwerks Barro Blanco in Panama auszuzahlen, obwohl die DEG zum Zeitpunkt der ersten Kreditauszahlung nach Einschätzung des Expertenberichts des DEG-Beschwerdemechanismus eingehend über die Einwände der indigenen Gemeinschaften der Region gegen das Projekt informiert war (www.deginvest.de/DEG-Documents-in-English/About-DEG/Responsibility/Barro_blanco_final_report_EN.pdf, S. 5) und obwohl der

DEG zuvor ein Protestbrief mit 38 600 Unterschriften gegen den Kraftwerksbau übergeben worden war, im Zuge dessen der Sprecher der DEG-Geschäftsführung, Bruno Wenn, versichert hatte, dass die DEG die Finanzierungszusage jederzeit zurückziehen könne (www.salvalaselva.org/noticias/4463/hidroelectrica-en-panama-financistas-alemanes-revisaran-proyecto), und welche Informationen besitzt die Bundesregierung darüber, warum die DEG sich für eine Finanzierung des Staudammprojekts entschloss, nachdem die GENISA S. A. ihre Finanzierungsanträge an die Europäische Investitionsbank (EIB) kurz vor dem Abschluss des Berichts des EIB-Beschwerdeverfahrens, das nach Beschwerden von Vertretern von Umweltschützern und Indigenen eingeleitet worden war, zurückgezogen hatte (www.eib.org/attachments/complaints/2011-03-04-letter-from-eib-sg-to-complainants.pdf)?

27. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Maßnahmen wurden von deutscher Seite im Projektvorschlag der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH, der im Rahmen des „EU Trust Fund for Migration“ zur Unterstützung von libyschen Kommunen auf der Migrationsroute eingebracht wurde, vorgeschlagen (vgl. Ausschussdrucksache 18(19)383 des Ausschusses für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung des Deutschen Bundestages), und mit welchen einheimischen Partnerorganisationen und -institutionen sollen die Projekte umgesetzt werden?

28. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie erklärt die Bundesregierung ihre widersprüchlichen Antworten zum Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten und den westafrikanischen Staaten, der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft – ECOWAS – und der Westafrikanischen Wirtschafts- und Währungsunion – UEMOA – (ECOWAS-WPA), in denen sie einerseits in der Antwort auf die Schriftliche Frage 106 auf Bundestagsdrucksache 18/8127 vom 11. April 2016 die verfassungsrechtliche Prüfung des ECOWAS-WPA durch das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz mit dem Ergebnis bestätigte, dass kein Vertragsgesetz erforderlich sei (vgl. auch die Antworten der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 68 auf Bundestagsdrucksache 18/7794 vom 2. März 2016 sowie

die Schriftliche Frage 82 auf Bundestagsdrucksache 18/3361 vom 20. November 2014) und andererseits in der Fragestunde am 1. Juni 2016 in ihrer Antwort auf meine Mündliche Frage 19 (Plenarprotokoll 18/172) mitteilte, dass noch keine verfassungsrechtliche Prüfung erfolgt sei, da der offizielle Ratifikationsprozess noch nicht eingeleitet sei und somit noch keine Entscheidung bzgl. eines Vertragsgesetzes vorliege (bitte um Klärung, welche Antwort der Bundesregierung für gültig erklärt wird), und inwieweit hat nach Kenntnis der Bundesregierung im Rahmen der Verhandlungen und Unterzeichnung der WPAs die Kooperationsbereitschaft der afrikanischen Staaten in Migrationsfragen (vgl. Mitteilung der Kommission COM(2016) 385) eine Rolle gespielt (bitte länderspezifisch erläutern)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

29. Abgeordneter **Volker Beck (Köln)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hat die Bundesregierung Kenntnis über iranische Proliferationstätigkeiten im Sinne von Verstößen bzw. versuchten Verstößen gegen das Außenwirtschaftsgesetz oder die noch geltenden internationalen Sanktionen gegen den Iran in den vergangenen zwölf Monaten (bitte einzeln aufführen)?

30. Abgeordnete **Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Teilen das für den Strategieplan für Energietechnologie (SET-Plan) der Europäischen Kommission innerhalb der Bundesregierung federführende Bundesministerium für Wirtschaft und Energie und das für die Atomaufsicht und -regulierung zuständige Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit die Position des SET-Plan-Sekretariats, dass es für die Europäische Union wünschenswerte spezifische Ziele wären, in der Europäischen Union bis zum Jahr 2025 Design-Lizenzen bzw. Typgenehmigungen für sogenannte kleine modulare Reaktoren (englisch „Small Modular Reactors“, kurz SMR) verfügbar und bis zum Jahr 2030 mindestens einen SMR und mindestens einen schnellen Demonstrationsreaktor der sogenannten Generation IV in Betrieb genommen zu haben (bitte mit

ausführlicher und differenzierter Darlegung und Begründung; bezüglich der Position des SET-Plan-Sekretariats siehe dessen Entwurf einer gemeinsamen Absichtserklärung zum Nuklearsektor vom Mai 2016, der Gegenstand der Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 5 auf Bundestagsdrucksache 18/8567 war)?

31. Abgeordnete **Bärbel Höhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche EU-Mitgliedstaaten teilen nach Kenntnis der Bundesregierung die Rechtsauffassung der Europäischen Kommission, es handle sich bei dem EU-Kanada-Abkommen CETA um ein EU-only-Abkommen, und was unternimmt die Bundesregierung, um ihrer Rechtsauffassung eines gemischten Abkommens praktische Geltung zu verschaffen und eine maßgebliche Beteiligung des Deutschen Bundestages und des Bundesrates sicherzustellen?

32. Abgeordneter **Klaus Ernst** (DIE LINKE.)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Europäischen Kommission, dass für eine voraussichtlich notwendige verfahrensrelevante Umklassifizierung von CETA (Umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen EU-Kanada) von „EU-only“ in „gemischt“ ein einstimmiger Ratsbeschluss notwendig sein wird, und was wird die Bundesregierung tun angesichts der erklärten Bereitschaft Italiens, CETA auch als EU-only-Abkommen zu unterzeichnen (DER SPIEGEL vom 11. Juni 2016), um ihre Rechtsauffassung, dass CETA ein gemischtes Abkommen ist, durchzusetzen?

33. Abgeordneter **Klaus Ernst** (DIE LINKE.)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass der deutsche Vertreter im Rat aus rechtlichen Gründen dazu verpflichtet ist, im Rat einen Änderungsvorschlag einzubringen, mit dem Ziel CETA als „gemischtes Abkommen“ einzuordnen, sofern die Europäische Kommission CETA als „EU-only“ klassifiziert hat und dass sie – sofern die Europäische Kommission CETA als „EU-only“ klassifiziert und der Rat diese verfahrensrelevante Entscheidung nicht revidiert – dazu

verpflichtet ist, den Europäischen Gerichtshof anzurufen, um die Rechtswidrigkeit der Klassifizierung von CETA als „EU-only“ feststellen zu lassen, da dies dazu führt, dass die grundgesetzlich garantierten Partizipationsrechte des Deutschen Bundestages unterlaufen würden?

34. Abgeordneter **Oliver Krischer** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Inwieweit hält es die Bundesregierung energiewirtschaftlich sinnvoll – auch im Hinblick auf Kosteneffizienz – auch Photovoltaik- und sonstige Stromerzeugungsanlagen mit einer Leistung von weniger als 7 kW verpflichtend mit einem Smart Meter inkl. Gateway auszustatten?

35. Abgeordnete **Annalena Baerbock** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie und an wen wurden bislang die Mittel aus Haushaltstitel 686 12 (Förderung von Maßnahmen zur Strukturanpassung in Braunkohlebergbauregionen) verteilt?

36. Abgeordnete **Annalena Baerbock** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Für welche Länder und Projekte liegen dem Interministeriellen Ausschuss für Exportkreditgarantien des Bundes Anfragen, Voranfragen oder Anträge für Bürgschaften vor, die Kohleprojekte betreffen, und welche davon sind bereits positiv beschieden worden?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

37. Abgeordneter **Andrej Hunko** (DIE LINKE.)

Welchen Stand hat die seit April 2014 ausstehende Beantwortung eines Fragenkataloges der Bundesregierung an die US-Regierung zur Beteiligung von US-Anlagen in Ramstein oder Stuttgart als Relaisstation am US-Drohnenkrieg (fragegegenständlich sind nicht Starts und Landungen von Drohnen, Steuerung in Ramstein), an die das Auswärtige Amt angeblich zunächst „fortgesetzt“, dann „eindringlich“ und „mit Nachdruck“ und zwischenzeitlich „fortgesetzt eindringlich“ erinnerte (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf

Bundestagsdrucksache 18/2938, Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 18, Plenarprotokoll 18/78), obwohl die zuständige Staatsministerin Dr. Maria Böhmer mir auf meine Mündliche Frage 3, Plenarprotokoll 18/45, eine Beantwortung „innerhalb weniger Wochen“ versprach, und inwiefern rechnet die Bundesregierung überhaupt noch mit einer Beantwortung oder sonstigen Klärung ihrer offenen Fragen?

38. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)

Welche konkreten Konsequenzen hat die Bundesregierung aus den Verbalattacken und Drohungen gegenüber „türkischstämmigen“ Bundestagsabgeordneten in Zusammenhang mit der Armenien-Resolution vom 2. Juni 2016 im Deutschen Bundestag über die Tatsache hinaus gezogen, den türkischen Geschäftsträger ins Auswärtige Amt einzuladen (www.spiegel.de/politik/deutschland/angela-merkel-erdogans-abgeordneten-schelte-nicht-nachvollziehbar-a-1096320.html), wie beispielsweise Zurückweisungen im Rahmen persönlicher Telefonate von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel mit dem Präsidenten der Türkei, Recep Tayyip Erdoğan, und welche Kenntnisse (auch nachrichtendienstliche) hat die Bundesregierung durch deutsche Sicherheitsbehörden (Polizeilicher Staatsschutz, Bundesamt für Verfassungsschutz, Bundesnachrichtendienst) über die Bedrohungslage, insbesondere der betroffenen Abgeordneten, durch die nationalistisch-islamistische Szene in der türkischen Community in Deutschland (wie aus der Union Europäisch Türkischer Demokraten – Berlin e. V. – UETD –, Türkisch Islamische Union der Anstalt für Religion e. V. – Ditib –, Islamischen Gemeinschaft Milli Görus e. V. – IGMG –, „Deutsches Neue Türken Komitee (AYTK)“, „Turan e. V.“, „Osmanen Germania“ und „Turkos MC“)?

39. Abgeordneter
Niema Movassat
(DIE LINKE.)

Inwiefern unterstützt die Bundesregierung den Vorschlag der Europäischen Kommission, bei der Zusammenarbeit mit Drittstaaten bei der Migrationskontrolle und Rückführung den sogenannten more-for-more-Ansatz um einen sogenannten less-for-less-Ansatz zu ergänzen (COM(2016) 385 final, S. 10: „Positive und negative Anreize sollten in die Entwicklungspolitik der EU integriert werden, damit diejenigen Länder belohnt werden können, die ihrer internationalen Verpflichtung zur Rückübernahme eigener Staatsangehöriger nachkommen, bei der Bewältigung irregulärer Migrantenströme aus Drittländern kooperieren oder Maßnahmen zur angemessenen Aufnahme

von Menschen ergreifen, die vor Konflikten und Verfolgung fliehen. In gleicher Weise muss es für diejenigen Länder, die nicht bei der Rückübernahme und Rückführung kooperieren, Folgen geben. Das Gleiche sollte auch für die Handelspolitik gelten.“), und inwiefern teilt die Bundesregierung meinen Eindruck, dass die Migrationskontrolle zum Leitmotiv der deutschen und europäischen Außen-, Sicherheits-, und Entwicklungspolitik, insbesondere gegenüber den afrikanischen Staaten, avanciert?

40. Abgeordnete
Dr. Franziska Brantner
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inwieweit beabsichtigt die Bundesregierung, sich an der Umsetzung der Resolution 2292(2016) des UN-Sicherheitsrates vom 14. Juni 2016 über die bereits jetzt im Rahmen der EU-geführten Mission EUNAVFOR MED hinaus zu beteiligen, und welche Beiträge plant die Bundesregierung hierfür bereitzustellen?

41. Abgeordnete
Dr. Franziska Brantner
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In welcher Form beabsichtigt die Bundesregierung, den Deutschen Bundestag über die Ausgestaltung eines etwaigen EU-Mandates für die Umsetzung der UN-Resolution 2292(2016) zu unterrichten, und plant die Bundesregierung, im Falle einer Beteiligung der Bundeswehr zuvor hierfür die Zustimmung des Deutschen Bundestages einzuholen?

42. Abgeordnete
Inge Höger
(DIE LINKE.)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung hinsichtlich ihrer engen sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Partnerschaft mit dem ägyptischen Regime aus dem Brief von Dr. El Sheikh vom ägyptischen Revolutionsrat an den Ausschuss für Menschenrechte, in dem der „westlichen Welt“ und damit auch Deutschland vorgeworfen wird, Stillschweigen zu bewahren hinsichtlich der in dem Schreiben angeführten 1 794 zwischen Juli 2013 und Mai 2016 ausgesprochenen Todesstrafen, von denen inzwischen 728 bestätigt und sieben vollstreckt wurden, sowie angesichts von 754 im ersten Halbjahr 2016 von Sicherheitskräften außergerichtlich getöteten ägyptischen Staatsbürgern, und erkennt die Bunderegierung an, dass es sich bei der Regierung Sisi um eine Diktatur handelt?

43. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie lang sind derzeit die Wartezeiten für privat bzw. geschäftlich Reisende (bitte differenzieren) für einen Termin zur Visumantragstellung für Schengenvisa in der deutschen Botschaft in Teheran, und wie beabsichtigt die Bundesregierung, die im Rahmen einer Onlinepetition (vgl. www.change.org) vielfach genannten Missstände extrem langer Wartezeiten zu beheben?

44. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Inwiefern hält die Bundesregierung das an der deutschen Botschaft in Teheran eingesetzte Terminvergabesystem für missbrauchssicher, und wie erklärt sie sich den in einer Reportage der BBC Persian (www.youtube.com/watch?v=_GlZo0DcjW4) geschilderten Fall einer erfolgreichen Terminvereinbarung über einen Terminhändler?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

45. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Auskunft gibt die Bundesregierung über Befragungen Inhaftierter im Ausland durch Mitarbeiter deutscher Nachrichtendienste, nachdem die Gefangenen Murat Kurnaz in Guantanamo und Muhammad Haidar Zammar in Bagdad vernommen worden waren, nach dem diesbezüglichen Erlass des Bundeskanzleramts vom 6. März 2006 (bitte nach Fallzahlen, Jahr, Haftstaat/-einrichtung, Haftgrund/Gefahrenbereich, Befrager-Behörde aufschlüsseln), und welche Angaben macht die Bundesregierung über die Zahl von Abbrüchen solcher Befragungen wegen Folterindizien und der Unterrichtungen des Parlamentarischen Kontrollgremiums über die Befragungen, die nach dem Erlass im Anschluss des Abschlusses der Befragungen bzw. vierteljährlich erfolgen sollen?

46. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus, dass der Präsident des deutschen Inlandsgeheimdienstes (Bundesamt für Verfassungsschutz), Dr. Hans-Georg Maaßen, als Zeuge im NSA-Untersuchungsausschuss öffentlich Edward Snowden mit „hoher Plausibilität“ (ZEIT ONLINE vom 10. Juni 2016; BILDplus vom 11. Juni 2016) als

russischen Agenten bezeichnete und im Presseinterview „Der Verrat der Geheimdienst-Unterlagen ist ein Versuch, einen Keil zwischen Westeuropa und die USA zu treiben“ (FOCUS vom 16. April 2016), ohne dafür nach eigener Angabe Belege zu haben, wohingegen das Bundesministerium des Innern keinerlei Erkenntnisse hat, dass Edward Snowden je für andere als US-Geheimdienste arbeitete (Regierungspressekonferenz vom 10. Juni 2016; www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2016/06/2016-06-10-regpk.html), und inwieweit fließt in die Bewertung der Bundesregierung in diesem Zusammenhang ein, dass laut dem langjährigen NSA-Vizedirektor Chris Inglis eine intensive Prüfung vieler US-Sicherheitsbehörden weder Beweis noch Indizien erbrachte, dass Edward Snowden je für solche fremden Dienste arbeitete (in Irari Report vom 30. März 2016; www.youtube.com/watch?v=GSevenZOFLI0 [Minute 10:00 bis 12:00])?

47. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)

Wie viele deutsche Staatsangehörige wurden im Zusammenhang mit den Ausschreitungen während der UEFA EURO 2016 in Frankreich polizeilich festgestellt (bitte unter Nennung der Tatvorwürfe beantworten)?

48. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)

Wie viele sogenannte Gefährderansprachen führten deutsche Behörden im Vorfeld der UEFA EURO 2016 in Bezug auf diese durch?

49. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)

Auf welche genaue empirische Grundlage stützte sich Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière, als er gegenüber der „Rheinischen Post“ vom 16. Juni 2016 beklagte, dass „immer noch zu viele Atteste von Ärzten ausgestellt“ würden, „wo es keine echten gesundheitlichen Abschiebungshindernisse gibt“ – was nach meiner Ansicht vielen Ärztinnen und Ärzten falsche Diagnosen unterstellt – (bitte das entsprechende Datenmaterial und Quellen darlegen, auch in Bezug darauf, dass die Atteste womöglich unzutreffend seien und worauf sich dies stützt), und welche Daten aus den Bundesländern oder sonstigen empirischen

Erkenntnissen liegen dem Bundesinnenminister vor, aufgrund derer er „Vollzugsdefizite“ auf Seiten der Bundesländer beklagte, etwa in Bezug auf unangekündigte Abschiebungen und Leistungskürzungen bei mangelnder Mitwirkung oder Nichtausreise (bitte so ausführlich wie möglich darlegen)?

50. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)

Welche Bundesländer planen nach Kenntnis der Bundesregierung die Einrichtung sogenannter besonderer Aufnahmeeinrichtungen zur Durchführung beschleunigter Asylverfahren nach § 30a des Asylgesetzes (bitte den genauen Stand etwaiger Vorbereitungen oder bereits erfolgter Einrichtungen nennen und Angaben zu Zeitplanungen, Kapazitäten, Herkunftsländern usw. machen), und wie ist die bisherige Bilanz der Asylverfahren in sogenannten Ankunftszentren (bitte Angaben zu Zahl und Ergebnis der Entscheidungen, Verfahrensdauern usw. machen)?

51. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)

Inwieweit wird die Bundesregierung den von der Künstlergruppe „Zentrum für Politische Schönheit“ im Rahmen einer neuen Aktion „Flüchtlinge fressen – Not und Spiele“ organisierten Flug mit 100 syrischen Flüchtlingen von der Türkei nach Deutschland am 28. Juni 2016 dahingehend unterstützen, dass er ungehindert nach Deutschland fliegen kann, und inwieweit wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass die Sanktionsregelungen für Beförderungsunternehmen im Aufenthaltsgesetz (AufenthG), die den Transport von Schutzsuchenden mit Zwangsgeldern sanktionieren (§§ 63 ff. AufenthG), aufgehoben werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

52. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)

Inwieweit sieht die Bundesregierung einen Widerspruch darin, dass der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof, in „Erfüllung seiner Aufgaben in fortdauernder Übereinstimmung mit den für ihn einschlägigen grundlegenden kriminalpolitischen Ansichten und Zielsetzungen der Regierung“ (www.generalbundesanwalt.de/de/stellung.php) „Ahrar Al-Sham“ als ausländische terroris-

tische Vereinigung betrachtet (www.presseportal.de/blaulicht/pm/14981/3352972), während die Bundesregierung eine solche Einstufung verweigert (vgl. Frankfurter Rundschau vom 22. Dezember 2015) und „Ahrar Al-Sham“ lediglich als „salafistisch-jihadistische Gruppierung“ bezeichnet (Bundestagsdrucksache 18/7114, Plenarprotokoll 18/157), und bedeutet die entsprechende Einstufung des Generalbundesanwalts von „Ahrar Al-Sham“, dass inzwischen auch die Bundesregierung diese Organisation nicht mehr als „moderat“ bzw. „gemäßigt“, sondern als „terroristisch“ einstuft?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

53. Abgeordnete **Caren Lay** (DIE LINKE.)

Wie viele Verkäufe der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben wurden nach dem 26. November 2015 jeweils zum Höchstpreis, und wie viele mit Kaufpreisabschlag für eine verbilligte Abgabe von Liegenschaften für Zwecke des sozialen Wohnungsbaus getätigt (bitte in Wohneinheiten angeben)?

54. Abgeordnete **Caren Lay** (DIE LINKE.)

Wie viele Liegenschaften wurden von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben bislang kostenlos zur Errichtung von Flüchtlingsunterkünften abgegeben (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

55. Abgeordnete **Renate Künast** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Informationen liegen der Bundesregierung vor, inwiefern bei der Textilproduktion innerhalb Europas internationale Sozial- und Umweltstandards sowie Menschenrechte eingehalten werden?

56. Abgeordnete **Renate Künast** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gibt es nach Information der Bundesregierung europäische Produktionsländer, die gegen faire Arbeitsbedingungen sowie die Einhaltung von international anerkannten Sozial- und Umweltstandards verstoßen, und falls ja, welche Länder sind das?

57. Abgeordnete **Katrin Werner** (DIE LINKE.)

Welchen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung im Hinblick auf Berechnungen von Selbstvertretungsorganisationen, nach denen nach den Regelungen im Referentenentwurf des Bundesteilhabegesetzes einige Betroffene in Bezug auf die Anrechnung ihres Einkommens auf Teilhabeleistungen schlechter gestellt werden, und welche Konsequenzen zieht sie daraus?

58. Abgeordnete **Katrin Werner** (DIE LINKE.)

Welchen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung im Hinblick auf die Schätzung des finanziellen Verwaltungsaufwands mit der Anrechnung des Einkommens und Vermögens auf Teilhabeleistungen auf 500 Mio. Euro jährlich, und welche Konsequenzen zieht sie daraus (http://nitsa-ev.de/bewusstseinsbildung/gleichberechtigte-partizipation/beduerftigkeitsunabhaengige-assistenzleistungen/3/)?

59. Abgeordnete **Jutta Krellmann** (DIE LINKE.)

Hat ein stark sehbehinderter Student, der lediglich im Bereich Bildung teilhabeeingeschränkt ist und derzeit eine benötigte Vorlesekraft über die Eingliederungshilfe finanziert bekommt, nach den im Referentenentwurf des Bundesteilhabegesetzes vorgesehenen Regelungen noch einen Anspruch auf diese Leistungen?

60. Abgeordnete
Jutta Krellmann
(DIE LINKE.)

Inwieweit treffen die Aussagen von Uwe Schummer, behindertenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, zu, nach denen eine Änderung der derzeit vorgesehenen Regelungen im Referentenentwurf des Bundesteilhabegesetzes zum leistungsberechtigten Personenkreis angestrebt wird (www.kobinet-nachrichten.org/de/1/nachrichten/33937/Nachgefragt-in-Sachen-Teilhabegesetz.htm)?

61. Abgeordnete
Corinna Rüffer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Konsequenzen zieht die Bunderegierung aus den Ergebnissen der im Rahmen des Nationalen Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention beschlossenen Studie zur Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts von Menschen mit Behinderungen, die dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales zum 31. März 2016 vorgelegt werden sollte (s. Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 44 auf Bundesdrucksache 18/7721), und wann ist mit der Veröffentlichung des Berichts zu rechnen?

62. Abgeordnete
Brigitte Pothmer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Aus welchen Gründen hält die Bundesregierung es für gerechtfertigt, die im Rahmen des Arbeitsmarktprogramms Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen (FIM) geplanten Arbeitsgelegenheiten (AGHs) mit einer abgesenkten Mehraufwandspauschale von 80 Cent je Stunde abzugelten, die lediglich den Mehraufwand von AGHs innerhalb von Einrichtungen abbilden soll, obwohl laut Nummer 4.1.2 des Richtlinienentwurfs FIM des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vom 25. Mai 2016 mindestens 75 Prozent der AGHs im Rahmen von FIM außerhalb von Einrichtungen durchgeführt werden sollen, und wie begründet die Bundesregierung die Ungleichbehandlung mit den AGHs nach § 16d des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch, bei denen eine Pauschale von 1,05 Euro bzw. bei Bedarf auch eine höhere Mehraufwandspauschale je Stunde gezahlt wird?

63. Abgeordnete
Brigitte Pothmer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Mit welchem zusätzlichen Aufwand rechnet die Bundesregierung, wenn bei 75 Prozent oder mehr der AGHs nach FIM ein höherer Aufwand auf Nachweis erstattet werden muss (bitte den zeitlichen Aufwand der für die Bearbeitung zuständigen Behörden sowie die zu erwartenden Kosten insgesamt in Euro angeben), und beabsichtigt die Bundesregierung, den zusätzlichen Aufwand und die zusätzlichen Kosten finanziell auszugleichen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

64. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Trifft es zu, dass die Bundesregierung den EU-Kommissar für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit Vytenis Andriukaitis vor der Abstimmung über die Glyphosat-Zulassungsverlängerung am 6. Juni 2016 informell kontaktiert und aufgefordert hat, die Glyphosat-Wiedergenehmigung ohne ihre Zustimmung voranzubringen, wie das Magazin „POLITICO“ (vgl. www.politico.eu/article/europes-weedkiller-wars-glyphosate-roundup-who-european-commission/) und „Euranet Plus“ (vgl. www.euranetplus-inside.eu/glyphosate-the-most-hated-herbicide/) berichten, und handelte es sich dabei ggf. um eine Initiative der gesamten Bundesregierung unter Einschluss der SPD-geführten Ressorts?

65. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie wird die Bundesregierung am 24. Juni 2016 im EU-Berufungsausschuss (Appeal Committee, Tagesordnung: http://ec.europa.eu/dgs/health_food-safety/dgs_consultations/docs/dgs-cons_phyto_20160624_en.pdf) über den Vorschlag zur Glyphosat-Zulassungsverlängerung (SANTE/10829/2016 Rev. 1) abstimmen, zu dem sie sich am 6. Juni 2016 im Ständigen Ausschuss für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel wegen Uneinigkeit der Ressorts der Stimme enthalten hatte, und inwiefern beeinflusst der neue Vorschlag zu Glyphosat-Anwendungsbestimmungen (SANTE/10903/2016) die Position der Bundesregierung?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

66. Abgeordnete **Christine Buchholz** (DIE LINKE.)

Wird die Bundesverteidigungsministerin Dr. Ursula von der Leyen nach den Vorfällen auf dem Tag der Bundeswehr 2016, an dem kleinen Kindern von Bundeswehrangehörigen Gewehre in die Hand gegeben wurden (SPIEGEL-ONLINE vom 13. Juni 2016), neben der Anweisung, wonach Handfeuerwaffen bei öffentlichen Veranstaltungen künftig nur noch in Vitrinen präsentiert werden dürfen, auch eine Anweisung erteilen, die es verbietet, dass Minderjährige auf öffentlichen Veranstaltungen der Bundeswehr Panzer, Militärhubschrauber oder Kampfflugzeuge anfassen oder sich in sie hineinsetzen?

67. Abgeordnete **Christine Buchholz** (DIE LINKE.)

Was haben die Ermittlungen ergeben, die die Bundeswehr laut Meldung von SPIEGEL-ONLINE vom 13. Juni gegen einzelne Soldaten durchführt, die am Tag der Bundeswehr 2016 Kindern Waffen zum Anfassen und Anlegen in die Hand gaben?



Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333